

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen  
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

---

Band 220

# Kausalität und Schaden in der Organhaftung

Eine Untersuchung anhand  
der aktienrechtlichen Vorstandsinnenhaftung

Von

Nebiyu Mahmud



Duncker & Humblot · Berlin

NEBIYU MAHMUD

## Kausalität und Schaden in der Organhaftung

# Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg

Professor Dr. Gerald Spindler, Göttingen

Band 220

# Kausalität und Schaden in der Organhaftung

Eine Untersuchung anhand  
der aktienrechtlichen Vorstandsinnenhaftung

Von

Nebiyu Mahmud



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
hat diese Arbeit im Jahr 2022 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Fotosatz Voigt, Berlin  
Druck: CPI Books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 1614-7626  
ISBN 978-3-428-18875-8 (Print)  
ISBN 9978-3-428-58875-6 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Die Literatur befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von Oktober 2022.

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard), für die Anregung zur Wahl des Themas sowie für die stetige Unterstützung und die wissenschaftliche Freiheit bei der Erstellung der Untersuchung bedanken. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago).

Für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht“ danke ich den Herausgebern, Herrn Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M. (Univ. of Michigan), Herrn Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago) und Herrn Prof. Dr. Gerald Spindler sowie dem Verlag Duncker & Humblot.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung gilt großer Dank für die mir zuteil gewordene Promotionsförderung.

Im Verlauf der Entstehung hat mich eine Vielzahl von Menschen unterstützt, welchen allen Dank gebührt. Namentlich genannt seien Frau Elisa Dinske, Herr Dr. Nico Gallus, Herr Philipp Schneider, Frau Jana Schneider, Herr Pablo Schühle und Herr Dr. Lukas Zeyher. Herzlichster Dank gilt hier Herrn Dr. Raphael Hilser LL.M. (LSE), Herrn Raphael Wagner, Herrn Amon Dieker und Frau Isabell Fritz für die akribische Durchsicht des Manuskripts, kritische Anmerkungen und die bereichernden Diskussionen.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern Frau Meaza Hagos und Herrn Hassen Mahmud und meinem Bruder Herrn Fami Mahmud, ohne deren Unterstützung mein Studium, aber auch die Promotion so nie möglich gewesen wäre.

Mein größter Dank gebührt jedoch Frau Wubalem Hagos, die während der Anfertigung dieser Arbeit verstorben ist. Sie hat mich nicht nur während des gesamten Studiums vorbehaltlos bei der Verwirklichung meiner Ziele unterstützt, sondern mir auch während der Promotionszeit stets Rückhalt gegeben. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, März 2023

*Nebiyu Mahmud*



# Inhaltsübersicht

## *Kapitel 1*

### **Einführung in die Thematik** 19

A. Einleitung .....	19
B. Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes .....	21
C. Gang der Untersuchung .....	21

## *Kapitel 2*

### **Propädeutikum: Organe und ihre Haftung** 24

A. Haftung des Vorstands .....	25
B. Durchsetzung des Anspruches .....	26

## *Kapitel 3*

### **Kausalität** 29

A. Skizzierung der Grundprinzipien .....	30
B. Rechtmäßiges Alternativverhalten .....	36
C. Kollegialentscheidungen .....	85
D. Kooperation mit Verfolgungsbehörden .....	111

## *Kapitel 4*

### **Schaden** 124

A. Schadensbegriff .....	125
B. Ersatzfähigkeit der Verbandsgeldbuße .....	127
C. Begrenzung des Schadensersatzanspruchs .....	144
D. Vorteilsausgleichung .....	167
E. Ersatzfähigkeit von Kosten interner Ermittlungen .....	177
F. Reputationsschaden im Regressanspruch .....	190



*Kapitel 5*

<b>Zusammenfassung des wesentlichen Ertrags in Thesenform</b>	203
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	206
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	209
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	235

# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

### **Einführung in die Thematik** 19

A. Einleitung .....	19
B. Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes .....	21
C. Gang der Untersuchung .....	21

## *Kapitel 2*

### **Propädeutikum: Organe und ihre Haftung** 24

A. Haftung des Vorstands .....	25
I. Innenhaftung .....	25
II. Außenhaftung .....	26
B. Durchsetzung des Anspruches .....	26

## *Kapitel 3*

### **Kausalität** 29

A. Skizzierung der Grundprinzipien .....	30
I. Äquivalenztheorie .....	30
II. Adäquanztheorie .....	31
III. Schutzzweck der Norm .....	33
IV. Rechtswidrigkeitszusammenhang .....	34
V. Verhältnis der Lehre vom Schutzzweck zur Lehre vom Rechtswidrigkeits- zusammenhang .....	34
VI. Verhältnis zwischen der Schutzzwecklehre und der Adäquanztheorie .....	35
B. Rechtmäßiges Alternativverhalten .....	36
I. Skizzierung der Figur des rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	37
1. Beachtlichkeit des Einwands .....	38
2. Keine pauschale Fallgruppenbildung .....	39
3. Darlegungs- und Beweislast .....	39
II. Im Organhaftungsrecht .....	40
1. Forschungsstand vor dem <i>Schloss-Eller</i> -Urteil .....	41
a) Schrifttum .....	41

b) Rechtsprechung bis zum <i>Schloss-Eller</i> -Urteil .....	42
2. <i>Schloss-Eller</i> -Urteil – Darstellung der Entscheidung und ihrer neural- gischen Punkte .....	42
a) Sachverhalt .....	42
b) Vorinstanz .....	43
c) BGH-Entscheidung .....	44
aa) Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	44
bb) Darlegungs- und Beweislast .....	44
cc) Unternehmerischer Handlungsspielraum des Aufsichtsrats .....	44
3. Eigene Positionierung zur Zulässigkeit des Einwands rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	45
a) Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck der Haftungsnorm .....	46
aa) Regelungszwecke des Schadensersatzrechts .....	47
bb) Schutzzwecke von § 93 Abs. 2 AktG .....	48
(1) Kompensationszweck .....	48
(2) Präventionszweck .....	48
(a) § 93 Abs. 4 S. 3 AktG .....	48
(b) Keine Relativierung des Präventionszwecks durch die Einführung des § 93 Abs. 2 S. 3 AktG .....	49
(c) Kein ausschließlicher Präventionszweck .....	50
(3) Rangverhältnis .....	50
cc) Zwischenergebnis .....	51
b) Erste Variante – Verletzung von Verfahrens- oder Kompetenzvor- schriften .....	52
aa) Schutzzweck der verletzten Norm – Zustimmungsvorbehalt .....	52
(1) Aufbau der Aktiengesellschaft .....	53
(2) Organisations-, Kompetenz- und Verfahrensregeln .....	54
(a) Organisationspflichten .....	54
(b) Kompetenz- und Verfahrensregeln im Allgemeinen .....	54
(c) Zustimmungsvorbehalte nach § 111 Abs. 4 S. 2 AktG im Speziellen .....	55
(aa) Hintergrund .....	56
(bb) Rechtliche Ausgestaltung .....	56
bb) Schutzzweckvermessung von § 111 Abs. 4 S. 2 AktG .....	58
cc) Fazit .....	59
c) Zweite Variante – Zustimmung der Hauptversammlung .....	60
aa) Skizzierung der rechtlichen Grundlagen .....	60
bb) Voraussetzungen des Haftungsausschlusses .....	61
cc) Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens .....	62
(1) Unterschiede zwischen hypothetischen Aufsichtsrats- und Hauptversammlungsbeschlüssen .....	62

(2) Stellungnahme .....	63
dd) Ergebnis .....	64
d) Fragen der Darlegungs- und Beweislast .....	64
aa) Grundsätze .....	64
bb) Möglichkeiten der Nachweiserbringung in der Praxis .....	65
(1) Nachweis der hypothetischen Aufsichtsratszustimmung ....	65
(a) Entscheidungspraxis .....	65
(b) Nachträgliche Befragung .....	66
(aa) hindsight bias .....	66
(bb) Weitere praktische Unwägbarkeiten .....	67
(cc) Bedenken gegen den Nachweis einer hypothetischen Einwilligung .....	68
(α) Darstellung .....	68
(β) Stellungnahme .....	69
(dd) Zivilprozessuale Grenzen .....	70
(α) Aktive Aufsichtsräte .....	70
(β) Ausgeschiedene Aufsichtsräte .....	71
(ee) Zwischenfazit .....	71
(c) Verantwortungsvoll handelndes Organmitglied .....	72
(aa) Darstellung .....	72
(bb) Würdigung .....	72
(d) Zwischenfazit .....	73
(e) Grenzen des Handlungsspielraums .....	73
(aa) Grundsätzliches .....	74
(bb) Pflicht zur Zustimmung .....	75
(cc) Pflicht zur Versagung .....	75
(dd) Ermessensspielraum zwischen den Grenzen .....	76
(ee) Stellungnahme .....	76
(2) Nachweis der hypothetischen Hauptversammlungszustim- mung .....	77
(a) Entscheidungspraxis .....	77
(b) Nachträgliche Befragung .....	78
(c) Verantwortlich handelnde Hauptversammlung? .....	78
(d) Zwischenfazit .....	79
e) Fazit zur Zulässigkeit des Einwands rechtmäßigen Alternativverhal- tens .....	79
4. Würdigung der <i>Schloss-Eller</i> -Entscheidung .....	80
a) Zustimmung des Aufsichtsrats .....	81
b) Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens bezogen auf die Auf- sichtsratszustimmung .....	82

c) Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens bezogen auf die Hauptversammlungszustimmung .....	82
aa) Möglicher Grund für eine Nichtberücksichtigung durch das Gericht .....	83
bb) Zustimmung der Hauptversammlung im <i>Schloss-Eller</i> -Fall .....	83
d) Abschließende Einschätzung .....	83
III. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	84
C. Kollegialentscheidungen .....	85
I. Skizzierung des dogmatischen Umfelds .....	87
II. Fallgruppen .....	88
1. Haftung nach zustimmendem Votum .....	88
a) Einordnung .....	89
aa) Kausale Überbestimmtheit des Erfolgs .....	89
bb) Teilweise Überbestimmtheit .....	89
b) Zivilrechtliche Ansätze .....	90
aa) Aktienrechtliche Binnenhaftung .....	90
(1) Darstellung .....	90
(2) Würdigung .....	91
bb) Analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 S. 2 BGB .....	92
(1) Darstellung .....	92
(2) Würdigung .....	93
(a) Planwidrige Regelungslücke .....	94
(b) Vergleichbare Interessenslage .....	95
cc) Fazit der Untersuchung zivilrechtlicher Lösungsansätze .....	95
c) Strafrechtliche Ansätze .....	96
aa) Grundsätzliche Transferierbarkeit strafrechtlicher Ansätze auf das Organhaftungsrecht .....	96
bb) Keine Kausalität .....	97
(1) <i>Seebode</i> .....	98
(a) Darstellung der Auffassung .....	98
(b) Würdigung .....	98
(2) <i>Nettesheim</i> .....	99
(a) Darstellung der Auffassung .....	99
(b) Würdigung .....	99
(3) Fazit .....	100
cc) Nichtberücksichtigung der Individualkausalität .....	100
(1) Darstellung .....	100
(a) OLG Stuttgart .....	100
(b) Nappert .....	100
(c) BGH .....	101

(2) Würdigung .....	101
dd) NESS-Test .....	103
(1) Notwendige und hinreichende Bedingungen .....	103
(2) <i>Puppe</i> .....	104
(3) Würdigung .....	104
ee) Fazit der Untersuchung strafrechtlicher Lösungsansätze .....	105
d) Fazit der Untersuchung .....	106
2. Haftung eines überstimmten Organmitglieds .....	107
a) Ablehnendes Votum .....	107
b) Enthaltung .....	108
aa) Exkurs: Pflicht zu weiteren Maßnahmen? .....	108
(1) Gesellschaftsinterne Maßnahmen .....	109
(2) Externe Maßnahmen .....	109
bb) Kausalität .....	110
III. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	110
D. Kooperation mit Verfolgungsbehörden .....	111
I. Prämissen .....	112
II. Kooperation mit Ermittlungsbehörden .....	113
1. Pflicht zur Kooperation .....	113
2. Auswirkungen auf den Zurechnungszusammenhang .....	114
a) Herausforderungsfälle .....	115
aa) Darstellung .....	115
bb) Würdigung .....	115
b) Aufwendungen .....	116
c) Unterbrechung des Kausalzusammenhangs .....	117
d) Würdigung .....	118
3. Ergebnis .....	119
III. Vergleichsvereinbarungen .....	120
1. Rechtsprechung .....	120
a) Entscheidung des BGH zur Amtshaftung .....	121
b) Entscheidung des OLG Hamm zur Anwaltshaftung .....	121
2. Würdigung .....	122
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	123

## *Kapitel 4*

<b>Schaden</b> .....	<b>124</b>
A. Schadensbegriff .....	125
I. Schadensbegriff nach § 249 BGB .....	125
II. Subjektiver Vermögensbegriff .....	126

III. Stellungnahme .....	126
IV. Grundsätzlich ersatzfähige Schadensposten .....	127
B. Ersatzfähigkeit der Verbandsgeldbuße .....	127
I. Allgemeines .....	128
1. Sinn und Zweck der Geldbuße .....	128
2. Adressat und Anknüpfungspunkt .....	128
3. Zuständigkeit .....	129
II. Gesetz zur Sanktionierung von verbandsbezogenen Straftaten .....	129
III. Regressfähigkeit .....	130
1. Darstellung des Meinungsbildes .....	130
a) Vollständiger Regressausschluss .....	130
aa) <i>Dreher</i> .....	130
bb) <i>Thomas</i> .....	131
cc) <i>Horn</i> .....	131
dd) <i>Mertens/Cahn</i> .....	132
b) Rechtsprechung zum <i>Schienenkartell</i> .....	132
aa) LAG Düsseldorf .....	132
bb) LG Saarbrücken .....	133
c) Herrschende Auffassung: Grundsätzliche Ersatzfähigkeit .....	133
aa) Ersatzfähigkeit von Abschöpfungs- und Ahndungskomponente ..	134
bb) Beschränkung der Ersatzfähigkeit auf die Ahndungskomponente	134
2. Würdigung und Erarbeitung einer eigenen Position .....	134
a) 1. Schritt: Vereinbarkeit des Regresses mit rechtlichen Grundsätzen ..	135
aa) Höchstpersönlichkeit von Strafzahlungen .....	135
bb) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	136
cc) Generalpräventiver Sanktionszweck .....	137
dd) Zwischenergebnis .....	137
b) 2. Schritt: Vermessung der Reichweite der Ersatzfähigkeit .....	137
3. Zwischenfazit .....	138
IV. Praxisfall/Sonderfall Kartellrechtliche „Ahndungsgeldbußen“ .....	139
1. Bemessung der EU-Kartellgeldbuße .....	139
2. Deutsche Kartellgeldbußen .....	140
3. Berechnung des verdeckten Abschöpfungsteils .....	142
a) Darstellung .....	142
b) Stellungnahme .....	143
4. Zwischenfazit .....	143
V. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	143
C. Begrenzung des Schadensersatzanspruchs .....	144
I. Einordnung in das übergeordnete Diskussionsfeld .....	145

II. Mögliche Begrenzungsansätze .....	145
1. Transfer der Grundsätze über betrieblich veranlasste Tätigkeiten .....	145
a) Darstellung der Grundsätze über betrieblich veranlasste Tätigkeiten ..	145
b) Übertragung auf das Organhaftungsrecht .....	146
aa) Herrschende Auffassung – Ablehnung eines Transfers .....	146
bb) Mindermeinung – Transfer zum Organhaftungsrecht .....	146
c) Würdigung .....	147
aa) Keine Regelungslücke .....	147
bb) Wesensunterschiede .....	148
d) Zwischenfazit .....	150
2. Gesellschaftsrechtliche Fürsorgepflicht .....	150
a) Darstellung .....	151
b) Würdigung .....	152
c) Zwischenfazit .....	154
III. Rechtspolitischer Ausblick – Notwendigkeit einer Begrenzung <i>de lege</i> <i>ferenda</i> .....	154
1. Vorstandshaftung zu streng? .....	154
a) Zwingende Regelung der Vorstandshaftung .....	155
b) Verpflichtung zur Anspruchsdurchsetzung .....	155
c) Unzureichender Versicherungsschutz? .....	157
aa) Begrenzung der Deckungssummen .....	157
bb) Deckungsausschlüsse .....	158
cc) Einschränkungsversuche .....	160
dd) Zwischenergebnis .....	160
d) Würdigung .....	160
2. Rechtsökonomische Erwägungen .....	161
a) Grundlagen .....	161
b) Darstellung .....	163
c) Würdigung .....	163
aa) Keine Steigerung der Kooperationsbereitschaft zu erwarten ....	163
bb) Strenge Haftung risikoaverses Verhalten .....	164
d) Zwischenfazit .....	166
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	166
D. Vorteilsausgleichung .....	167
I. Voraussetzungen nach dem allgemeinen Schadensrecht .....	168
II. Anwendbarkeit im Organhaftungsrecht .....	168
1. Meinungsbild in Rechtsprechung und Schrifttum .....	168
2. Würdigung .....	169
a) Vorteilsausgleichung und Gewinnabschöpfung .....	169
b) Nicht abgeschöpfte Vorteile .....	170



aa)	Fallgruppen aus dem allgemeinen Schadensrecht .....	170
bb)	Aktienrechtliche Fallgruppen .....	171
(1)	Verletzung interner Vorschriften .....	171
(2)	Verletzung gesetzlicher Vorschriften .....	172
(a)	Vorteilsausgleich im Schnittfeld divergierender Interessen .....	172
(aa)	Schutzzweck des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG .....	172
(bb)	Verhaltenssteuernde Wirkung .....	173
(cc)	Gläubigerschutz .....	175
(dd)	Öffentliche Interessen .....	175
(b)	Zwischenfazit .....	176
III.	Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	176
E.	Ersatzfähigkeit von Kosten interner Ermittlungen .....	177
I.	Die <i>Siemens/Neubürger</i> -Entscheidung .....	178
1.	Sachverhalt .....	178
2.	Entscheidung .....	178
3.	Einordnung der Schadensposition .....	178
II.	Pflichten von Vorstand und Aufsichtsrat .....	179
III.	Ersatzfähige Kosten .....	180
1.	Ersatzfähigkeit Kosten interner Untersuchungen .....	180
a)	Grundsätzliches .....	180
b)	Ersatzfähigkeit nach dem allgemeinen Schadensrecht .....	182
aa)	Schadensmindernde Aufwendungen .....	182
bb)	Rechtsverfolgungskosten .....	182
c)	Untersuchungsrelevante Kostenpunkte .....	183
aa)	Kosten eigener Mitarbeiter .....	183
(1)	Rechtsprechung .....	183
(a)	Darstellung .....	183
(b)	Einordnung interner Untersuchungen auf Basis der Grundsätze der Rechtsprechung .....	184
(2)	Bewertung des Ergebnisses auf Basis der Dogmatik des BGH .....	185
bb)	Kosten externer Berater .....	185
cc)	Zwischenergebnis .....	186
2.	Höhe der Rechtsanwaltsvergütung .....	186
a)	Darstellung .....	187
aa)	Literatur .....	187
bb)	Rechtsprechung .....	187
b)	Stellungnahme .....	188
c)	Darlegungs- und Beweislast .....	189
IV.	Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	190

F. Reputationsschaden im Regressanspruch .....	190
I. Terminologie .....	192
II. Reputationsschaden als Vermögensschaden .....	193
1. event study .....	194
a) 1. Stufe .....	194
b) 2. Stufe .....	195
c) Untersuchung der Tauglichkeit/Würdigung .....	195
2. Betrachtung der unmittelbaren Kosten .....	196
a) Darstellung des Lösungsansatzes .....	196
b) Untersuchung der Tauglichkeit/Würdigung .....	196
3. Zwischenfazit .....	197
III. Lösungsansatz de lege ferenda .....	197
1. Vermutungslösung .....	197
2. Erkenntnisgewinn aus dem Kartellrecht .....	198
aa) Darstellung der kartellrechtlichen Problemlage .....	198
bb) Kartellrechtlicher Lösungsansatz .....	199
cc) Stellungnahme und eigener Ansatz .....	200
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform .....	202

### *Kapitel 5*

<b>Zusammenfassung des wesentlichen Ertrags in Thesenform</b> .....	203
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	206
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	209
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	235



## Kapitel 1

# Einführung in die Thematik

## A. Einleitung

Die Organhaftung ist eine breitgefächerte Thematik: Viele der bekannten Haftungsfälle werden nicht nur in der rechtswissenschaftlichen Fachliteratur, sondern auch in der allgemeinen Öffentlichkeit lebhaft debattiert. Schon allein die in Rede stehenden, teils horrenden, Haftungssummen ziehen das Interesse der (medialen) Öffentlichkeit an derartigen Rechtsstreitigkeiten auf sich. Auf nationaler Ebene sind aus jüngster Vergangenheit der *Wirecard*-Skandal<sup>1</sup> sowie die Abgasaffäre bei *Volkswagen* zu nennen<sup>2</sup>, weiter zurückliegend die verschiedenen Verfahren gegen den ehemaligen *Arcandor*-Chef Thomas Middelhoff.<sup>3</sup> Auf internationaler Ebene ist der Prozess gegen den früheren *Renault-Nissan-Mitsubishi* CEO Carlos Ghosn exemplarisch aufzuführen.<sup>4</sup> Die zunehmende Bedeutung lässt sich darüber hinaus aus dem Anstieg von Haftungsfällen exemplifizieren. Medienberichten zufolge sind die Schadensmeldungen bei D&O-Versicherungen von 2014 bis 2018 um 47 Prozent gestiegen.<sup>5</sup> Nach einer Umfrage berichtet jeder

---

<sup>1</sup> Vgl. „Erste Anklage im Wirecard-Skandal“, tagesschau.de vom 13.01.2022, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirecard-skandal-erste-anklage-erhoben-101.html> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

<sup>2</sup> Vgl. „Nach Abgas-Skandal – Milliardenverlust bei Volkswagen“, faz.net vom 28.10.2015, abrufbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vw-abgas-skandal-bringt-volkswagen-milliardenverluste-ein-13880450.html> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

<sup>3</sup> Vgl. „Prozess nach Insolvenz – Ex-Arcandor-Chef Middlehoff muss Millionen zurückzahlen“, süddeutsche.de vom 09.09.2013, abrufbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/prozess-nach-insolvenz-ex-arcandor-chef-middelhoff-muss-milliionen-zurueckzahlen-1.1766167> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

<sup>4</sup> Vgl. „Nissan-Topmanager Ghosn droht in Japan weiteres Verfahren“, derstandard.de vom 23.11.2018, abrufbar unter <https://www.derstandard.de/story/20000920-88908/nissan-topmanager-ghosn-droht-in-japan-weiteres-verfahren> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

<sup>5</sup> Vgl. „Manager werden immer häufiger verklagt“, com-magazin.de vom 11.02.2019, abrufbar unter <https://www.com-magazin.de/news/sicherheit/manager-haeufiger-verklagt-1677416.html> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022; siehe auch „Risiken für Vorstände und Führungskräfte nehmen zu“, faz.net vom 15.12.2021, abrufbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/allianz-spezialversicherer-warnt-vor-insolvenzen-und-klagewelle-17685907.html> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

fünfte Manager über Ansprüche gegen sich selbst oder andere Organmitglieder.<sup>6</sup> Die stetig zunehmende Bedeutung hat auch in der juristischen Fachliteratur Niederschlag gefunden. Während die Organhaftung lange Zeit stiefmütterlich behandelt und ihr nur wenig Bedeutung zugemessen wurde,<sup>7</sup> hat sich dies mit einer Reihe von Gesetzesreformen in den letzten Jahrzehnten<sup>8</sup> und dem beschriebenen Anstieg der Haftungsfälle verändert.<sup>9</sup>

So eindeutig sich die Relevanz der Organhaftung in der Praxis belegen lässt, so umstritten ist ihre rechtliche Beurteilung. Juristischen Aufwind bekam die Thematik 1997, als der Bundesgerichtshof in der *ARAG/Garmenbeck*-Entscheidung<sup>10</sup> erstmals die Pflicht des Aufsichtsrats anerkannte, bei Pflichtverletzungen des Vorstands Schadensersatzansprüche der Gesellschaft gegen den Vorstand geltend zu machen. *De lege lata* kann bereits eine leichte Fahrlässigkeit zur Haftung auf vollen Schadensersatz führen.<sup>11</sup> Dies kann für das betroffene Organmitglied schnell eine Existenzvernichtung bedeuten. Eine befriedigende Lösung für die potentiell Haftungsverpflichteten stellen auch D&O-Versicherungen nicht dar. Diese decken selten Schäden über dem niedrigen dreistelligen Millionenbereich

---

<sup>6</sup> Vgl. „Haftungsrisiko für Manager gestiegen – Umfrage zu Managerhaftung“, *manager-magazin* vom 25.01.2015, abrufbar unter <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-1020470.html> – zuletzt abgerufen am 01.08.2022.

<sup>7</sup> Vgl. „kein lebendes Recht“ *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht Bd. I, 1980, S. 624; siehe auch den Hermann Josef Abs, ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank, zugeschriebenen Satz, „es sei leichter, ein eingeseiftes Schwein am Schwanz festzuhalten, als ein Aufsichtsratsmitglied zur Rechenschaft zu ziehen.“, zitiert nach *Mertens*, in: Feddersen/Hommelhoff/U. H. Schneider, 1996, *Corporate Governance*, S. 157; vgl. auch *Kaulich*, Die Haftung von Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft für Rechtsanwendungsfehler, 2011, S. 21.

<sup>8</sup> Gesetzentwurf zum KonTraG, BT-Drs. 13/9712; Gesetzentwurf zum UMAG, BT-Drs. 15/5092; Gesetzentwurf zum Restrukturierungsgesetz, BT-Drs. 17/3024.

<sup>9</sup> Siehe jeweils mit der Aussage, dass sich die Haftungsrisiken für Organmitglieder erhöht haben: *Kaulich*, Die Haftung von Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft für Rechtsanwendungsfehler, 2011, S. 21 ff.; *Breitenfeld*, Die organschaftliche Binnenhaftung der Vorstandsmitglieder für gesetzwidriges Verhalten, 2016, S. 19; *Scholz*, Die existenzvernichtende Haftung von Vorstandsmitgliedern in der Aktiengesellschaft, 2014, S. 231; *Binder*, Grenzen der Vorstandshaftung, 2016, S. 36 f.; *Brommer*, Die Beschränkung der Rechtsfolgen der Vorstandsinnenhaftung, 2016, S. 17 ff.; *Harnos*, Geschäftsleiterhaftung bei unklarer Rechtslage, 2013, S. 25 f.; *Bayer*, NJW 2014, 2546; *F. Gaul*, AG 2015, 109; *Hauger/Palzer*, ZGR 2015, 33 ff.; *Hemeling*, ZHR 178 (2014), 221, 222; *Janert*, BB 2013, 3016; *Karbaum*, AG 2013, 863, 864; *von der Linden*, NZG 2013, 208; *Loritz/K.-R. Wagner*, DStR 2012, 2189; *Lotze*, NZKart 2014, 162; *Wilhelmi*, NZG 2017, 681.

<sup>10</sup> BGH, Urteil vom 21.04.1997 – II ZR 175/95, NJW 1997, 1926.

<sup>11</sup> *Freund*, NZG 2015, 1419; *Breitenfeld*, Die organschaftliche Binnenhaftung der Vorstandsmitglieder für gesetzwidriges Verhalten, 2016, S. 161; *Wagner*, ZHR 178 (2014), 227, 232; *Hoffmann-Becking*, in: Münchener Handbuch Gesellschaftsrecht Bd. 4, 5. Aufl. 2020, § 2 Rn. 2.

ab und vermögen so im Fall von hohen Schadenssummen das Organmitglied nicht vor existenzvernichtenden Haftungsansprüchen zu schützen.<sup>12</sup>

Vor diesem Hintergrund verwundert das Ergebnis einer Bestandsaufnahme wissenschaftlicher Abhandlungen zur *Kausalität* und zum *Schaden* – zwei elementare Haftungsvoraussetzungen des Organhaftungsanspruches. Literatur und Rechtsprechung befassen sich zwar ausführlich mit dem Pflichtenprogramm eines Organs, im Rahmen von *Kausalität* und *Schaden* wird aber eine Lücke erkannt.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund sollen im Rahmen dieser Arbeit die Tatbestandsmerkmale *Schaden* und *Kausalität* einer umfassenden Würdigung zugeführt und der haftungsrechtlichen Inanspruchnahme von Organmitgliedern deutlich Kontur gegeben werden.

## B. Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes

Im deutschen Gesellschaftsrecht besteht kein einheitlicher/rechtsformübergreifender Tatbestand für die Organhaftung. Jede Gesellschaftsform hat ihre eigenen Regelungen, welche die Haftung der maßgeblichen Organe festlegt. Um die gebotene Fokussierung zu erreichen, soll sich die Untersuchung auf die Haftung der Organmitglieder der Aktiengesellschaft konzentrieren, da diese für große Unternehmen die wesentlichste Gesellschaftsform verkörpert.<sup>14</sup> Dabei werden sich die Ausführungen insbesondere mit der Verantwortlichkeit des Vorstands gegenüber der Gesellschaft nach § 93 Abs. 2 S. 1 AktG (Binnenhaftung) auseinandersetzen. Der Regressanspruch der Gesellschaft nach § 93 Abs. 2 S. 1 AktG markiert zumeist die zugrundliegende Anspruchsgrundlage der hier gegenständlichen gesellschaftsrechtlichen Streitpunkte.

## C. Gang der Untersuchung

Die Untersuchung gliedert sich dabei in drei Teile. In einem ersten Schritt sollen im Rahmen eines *Propädeutikums* die Grundlagen der Organhaftung dargestellt und auf diese Weise ein Fundament für die Bearbeitung gegossen werden.

---

<sup>12</sup> Reichert, ZHR 177 (2013), 756, 757; Binder, Grenzen der Vorstandshaftung, 2016, S. 215.

<sup>13</sup> Vgl. exemplarisch die durchweg knappen Kommentierungen in Hopt/Roth, in: Großkommentar AktG, 5. Aufl. 2015, § 93 Rn. 413 ff.; Mertens/Cahn, in: Kölner Kommentar AktG, 3. Aufl. 2010, § 93 Rn. 57; Spindler, in: Münchener Kommentar AktG, 5. Aufl. 2019, § 93 Rn. 196 f.

<sup>14</sup> Wagner, ZHR 178 (2014), 227, 232; Seibert, Handbuch des Aktienrechts, 9. Aufl. 2017, 1; vgl. auch Hofmann-Becking, in: Münchener Handbuch Gesellschaftsrecht Bd. 4, 5. Aufl. 2020, § 2 Rn. 1 ff. Deutlich weiter verbreitet ist die Gesellschaftsform der GmbH: 2017 bestanden 14.823 Aktiengesellschaften (Stand. 01.01.2018), demgegenüber bestanden etwa 1,25 Millionen GmbH, hierzu siehe Kornblum, GmbHR 2018, 669, 670.